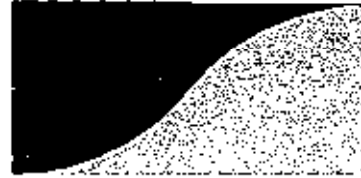


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: B 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 68

10. April 1985

Hans Urbaniak MdB warnt die FDP: Wir werden die Tarifautonomie hüten wie unseren Augapfel.

Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, belegt, daß die Bundesregierung und vor allem Kanzler Kohl die neue Armut in der Bundesrepublik verdrängen.

Seite 3

Dokumentation

Alfred Emmerlich, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, vor der AsJ über die Kriminalisierung friedlicher Demonstranten.

Seite 6

Ich zweifle an Bangemanns Sachverstand

Der Wirtschaftsminister kennt das Tarifgeschäft einfach nicht

Von Hans Urbaniak MdB

Die FDP wird nicht müde, am Tarifvertragssystem herumzudoktern: Ihr Generalsekretär, Haussmann, will die Tarifautonomie suspendieren, Frau Adam-Schwaetzer meint, es könne nicht alles beim alten bleiben; Graf Lambsdorff hebt den Kopf aus den Flick-Akten und mischt sich ein (hoffentlich stört ihn dieses Tarif-intermezzo nicht allzu sehr beim Aufbau seiner Verteidigungsstrategie), und nun philosophiert FDP-Chef Bangemann über eine Differenzierung der Tarifabschlüsse nach Regionen und Bundesländern.

Die FDP versteht - und das scheint mir ein wichtiger Hinweis für die laufende Debatte zu sein - vom Tarifgeschäft einfach zu wenig, sieht man einmal von den wenigen freidemokratischen Politikern ab, die als öffentliche Arbeitgeber mit der ÖTV verhandeln mußten. Die Freien Demokraten nähern sich Tariffragen also deswegen so unbeschwert, weil sie kaum etwas davon verstehen.

Wie anders ist es zu erklären, daß Wirtschaftsminister Bangemann nun mit Blick auf die Gewerkschaften behauptet, eine Tariffdifferenzierung müsse her. Als in den Gewerkschaften während der sechziger und siebziger Jahren überlegt wurde, wie die gesamte Tariflandschaft differenzierter angelegt werden könnte, um unterschiedlichen Entwicklungen in Branchen und Regionen gerecht zu werden, haben die freidemokratischen Wirtschafts-"Fachleute" zusammen mit den Sprechern der Arbeitgeberverbände schroff abgewinkt.

Es waren die Arbeitgeberverbände, die über Jahre hinweg eine Differenzierung der Tariflandschaft vehement bekämpft haben. Die Arbeitgeber haben die Zentralisierung der Lohnbewegungen gefördert und gewollt, weil sie sich so die größte Durchschlagskraft erhofften. Die Arbeitgeberzentralen müßte Herr Bangemann kritisieren, nicht die Gewerkschaften. Damals wäre Differenzierung in Maßen möglich gewesen, bei ansehnlichen Wachstumsraten. Damals hätten differenzierende Lohnbewegungen die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer nicht wesentlich tangiert.

Heute ist das anders. Eine Schwankungsbreite in den Lohnabschlüssen zwischen ein und drei Prozent - wie Bangemann vorschlägt - ,projiziert auf Branchen und Regionen, bedeutet, die Lebensbedingungen noch weiter auseinanderklaffen zu lassen als es heute schon der Fall ist. Der Bundeswirtschaftsminister plädiert also in verdeckter Form dafür, in der Bundesrepublik Armenhäuser entstehen zu lassen - ein feines Verständnis von Grundgesetz und verfassungs-verpflichteter Ministertätigkeit.

Zudem muß Herr Bangemann sich sagen lassen, daß er immer noch nicht begriffen hat, wie pfleglich wir heute mit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage umgehen müssen, damit die Konjunktur nicht den Bach herunter geht. Wer soll denn schließlich all die Konsumgüter kaufen, die Blüm durch Samstagsarbeit herstellen lassen will?

Das alles, was von der FDP nun mit Bezug auf die Tarifautonomie vorgelegt wird, ist schlecht durchdacht, volkswirtschaftlich unsinnig und im Kern eine Kampfansage an den Sozialstaat. Daß dabei Verfassungsnormen verletzt werden, macht die Freidemokraten nicht einmal stutzig.

Die Bangemanns und Haussmanns sind dabei, Wind zu säen - sie werden Sturm ernten. Denn die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten werden die Tarifautonomie hüten wie ihren Augapfel.

(-/10.4.1985/va/ks)

+ + +



Wie Kanzler Kohl die neue Armut verdrängt

Die Folgen der Wendepolitik werden sozial unerträglich

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Die "neue Armut" in der Bundesrepublik ist "ganz harte Realität". Ein Kompetenter, nämlich der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, der dazu den Vorteil hat, nicht prinzipiell oppositioneller Haltung gegenüber der amtierenden Bundesregierung verdächtig zu sein, hat mit einigen wenigen, allerdings eingängigen Sätzen bewußt gemacht, was Helmut Kohl und seine Regierungsmannschaft mit der Gewalt einer zunehmend fade werdenden regierungsamtlichen Optimismuskampagne zu verdrängen suchen: "Unter uns leben Mitbürger" - und zwar in beängstigend wachsender Zahl -, "die hungern", ("Die Zeit" vom 22. März 1985).

Gegen die Fakten, mit denen die Wohlfahrtsverbände tagtäglich konfrontiert sind, und übrigens auch gegen ihre Sprüche von vorgestern führen namentlich die Herren Kohl, Blüm und Geißler heute einen Verdrängungswettbewerb, den wir im folgenden dokumentarisch nur anreißen können.

Zunächst der DRK-Präsident im Interview der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (vom 6. April 1985):

Frage: "Spüren Sie auch die sogenannte 'neue Armut'?"

Sayn-Wittgenstein: "Mit dieser Problematik sind wir ständig konfrontiert. Seit etwa zwei Jahren - und das ist ein Stimmungsbarometer - werden unsere Kleiderkammern von Bedürftigen verstärkt in Anspruch genommen. Daraus erkennt man, daß die neue Armut nicht nur ein Schlagwort von Politikern ist, sondern ganz harte Realität. Es gibt mehr und mehr Bedürftige. Die Sozialhilfe ist nach meiner Einschätzung nicht mehr in der Lage, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Der sogenannte Warenkorb, das Bedarfsmengenschema für denjenigen, der öffentliche Zuwendungen erhält, entspricht nicht der aktuellen Situation. Deshalb müssen immer mehr sozial schwache Bürger unsere humanitäre Hilfe in Anspruch nehmen. Zur neuen Armut gehören auch 'verschämte Arme' - Menschen, die aus falscher Scham die vielfältigen öffentlichen Hilfen nicht wahrnehmen wollen. Auch diese wenden sich immer mehr unseren Diensten zu."

Es hat unter diesen von Sayn-Wittgenstein skizzierten Bedingungen nur noch tragikomische Züge, wenn der Bundeskanzler am 1. März 1985 im Interview der "Zeit" - auf die "neue Armut" angesprochen - als bittersten Effekt des hart gewordenen sozialen Klimas in der Bundesrepublik nur das frühere Aufstehen zu erkennen vermochte.

Zitat Helmut Kohl: "Das wichtigste ist nicht mehr die Freizeit, sondern die Sicherung unserer Zukunft. Und es kann sein, daß das bedeutet, etwas früher aufstehen zu müssen und sich bestimmte Dinge nicht mehr erlauben zu können. Das hat mit neuer Armut überhaupt nichts zu tun."

Die Wirklichkeit in diesem unserem Land sieht offensichtlich anders aus, als es der Kanzler fassen kann. Ein Schlaglicht aus dem Iserlohner Lokalteil der "Westfalenpost" (zitiert nach "Die Zeit" vom 22. März 1985).

Zitat: "Leider Realität. Auch in Iserlohn leiden Menschen Hungersnöte. In der Sauerland-Stadt haben das Diakonische Werk und der Caritas-Verband erstmalig in der Bundesrepublik die Bevölkerung zu Spenden für hungernde Mitbürger in der eigenen Stadt aufgerufen und dafür Sonderkonten eingerichtet."



Das Teuflische: Diejenigen, die heute die Wirklichkeit leugnen, haben sich vor Jahr und Tag noch als die Entdecker einer "neuen sozialen Frage" selbst gefeiert und feiern lassen.

Zitat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, 1976: "Unsere Armen sind nicht in Indien ... arm, sie sind es hier und jetzt, in der Bundesrepublik, im 20. Jahrhundert. Im Verhältnis zur übrigen Gesellschaft sind sie Entrechtete, und dies vor allem im Hinblick darauf, was bei einer richtigen Politik hätte erreicht werden können."

Heute leugnet der amtierende Kanzler schlicht, was ihm 1976 als Mittel zur Bekämpfung der damaligen Bundesregierung recht schien.

Helmut Kohl im "Zeit"-Interview.

Zeit: "Immerhin hat Ihr Minister Heiner Geißler die 'neue soziale Frage' schon Mitte der 70er Jahre entdeckt."

Kohl: "Das war nicht allein Heiner Geißler, das war die CDU-Deutschlands 1975 auf ihrem Mannheimer Parteitag unter ihrem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Die 'neue soziale Frage', die damals angesprochen wurde, ist aber doch nicht die Frage der neuen Armut."

Wirklich nicht? Man muß dem Erinnerungsvermögen des Kanzlers offensichtlich nachhelfen. Im Dezember 1975 veröffentlichte Heiner Geißler im Deutschen Monatsblatt der Union zum Thema "Die neue soziale Frage" einen Beitrag, in dem er die damalige Regierung Schmidt heftig kritisierte, weil sie angeblich kein Geld zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zum Schutz der Schwachen aufwandte. Überschrift Geißlers vom Dezember 1975:

"Sechs Millionen Deutsche leben in Armut".

Inzwischen hat sich diese Armut auf dramatische Weise verschärft. Dies bestätigt übrigens auch eine Untersuchung, die Meinhard Miegel, Leiter des von Kurt Biedenkopf gegründeten Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) in Bonn, kürzlich in der Zeitschrift "Capital" (3/85) erläuterte.

Zitat Miegel: "Das Problem der neuen Armut sind die veränderten Gründe jener relativen Bedürftigkeit. In der Vergangenheit waren vor allem atypische Haushalte überdurchschnittlich oft hilfsbedürftig: sehr kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter mit Kindern, alte, nicht mehr erwerbsfähige Menschen, besonders Frauen mit niedriger Altersversorgung und Behinderte. Seit einiger Zeit aber ist eine weitere Gruppe hinzugekommen: die Langzeitarbeitslosen. Daß ganz normale erwerbsfähige und erwerbwillige Menschen heute zu Hilfsbedürftigen werden, daß sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft erzielen können, das hat es seit den ersten Nachkriegsjahren in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben. Das ist in der Tat neu, und insoweit ist es berechtigt, von neuer Armut zu sprechen."

Für Norbert Blüm, den obersten der regierungsamtlichen Verdrängungskünstler, sind diese Fakten allerdings nur Gefühlsache. Vom "Spiegel" (Ausgabe vom 14. Januar 1985) auf eine drohende "Zwei-Drittel-Gesellschaft" angesprochen, antwortete Blüm,

Zitat: "Ich widerspreche nicht, daß es eine Armut gibt, die weniger ein Defizit an materiellen Mitteln, sondern eher Mangel an Geborgenheit, an Integration ist."

Der Bundesarbeitsminister sollte sich, statt solche Phrasen abzusondern, lieber bei den freien Wohlfahrtsverbänden umhören.

Beispiel Caritas, zitiert nach dpa vom 29. Januar 1985 (Überschrift: "Caritas verlangt Erhöhung der Sozialhilfe").



Zitat: "Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt nach Feststellungen der katholischen Hilfsorganisation ständig. Zunehmend betroffen seien Familien mit Kindern oder Alleinerziehende. Die Nachfrage nach wirtschaftlichen Hilfen bei den Beratungsstellen der Caritas belege die wachsende Not."

Fazit: Helmut Kohl und seine Mannen führen einen immer zweifelhafter werdenden Kampf gegen eine bittere von niemandem ernsthaft zu leugnende Realität. Der böse Eindruck ist, daß es ihnen heute nur noch darum geht, wider besseres Wissen die "Aufschwung"-These von 1983 zumindest über den nordrhein-westfälischen Wahlkampf zu retten, in dem sie in aufgewärmter Form noch einmal aufgetischt werden soll.

Dabei sind die Zweifel auch in den Reihen der Union, daß das wirtschaftliche Wachstum die "neue Armut" als Spitze von Massenarbeitslosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit beseitigen könne, längst unüberhörbar geworden. Selbst die Moral der eigenen Regierung steht nicht mehr außer Zweifel.

Zitat aus der "Sozialen Ordnung" der CDU-Sozialausschüsse: "Wende als Wertwandel und als eine neue Einstellung zum Gemeinwohl ist mißlungen. Diejenigen, die opferten, werden getäuscht.... Getäuscht wurden unsere Kollegen, die in Betrieben und Gewerkschaften die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung verteidigt haben. Sie werden nicht mehr angegriffen, sondern nur noch ausgelächelt."

Als die SPD am 5. Dezember 1984 im Erich-Ollenhauer-Haus ein Forum "Ausgrenzung in die neue Armut" durchführte, mußte sie sich anhören, einen "innenpolitischen Schlag" erfunden zu haben, um damit die Bundesregierung prügeln zu können.

Damals formulierten wir als eines der Ergebnisse des Forums,

Zitat: "Die zum Forum eingeladenen Vertreter von Verbänden und Arbeitsloseninitiativen wiesen auf den wachsenden Leidensdruck Arbeitsloser hin und auch darauf, daß dies ein sehr viel entschiedeneres politisches Handeln als bisher erfordert. Gerade die kirchlich getragenen Projekte wollen sich nicht länger dem Mißverständnis seitens der Politiker ausgesetzt sehen, sie seien in erster Linie nur für die Betreuung der Arbeitslosen zuständig. Wie öfters auf dem Forum zu hören war, ist jetzt die Stunde des Einbezugs der existentiellen Bedrängnisse Arbeitsloser in die Politik gekommen. Das Politischmachen der Dauerarbeitslosigkeit steht an."

Zugegeben: Eine Bundesregierung, die für einen sozialen Kahlschlag ohnegleichen verantwortlich ist, muß sich schwer tun umzusteuern. Doch eine Entscheidung wird unumgänglich werden: Zwischen Neidhammel-Philosophie und Treiben lassen auf der einen und sozialer und christlicher Verantwortung auf der anderen Seite.

Wir wollen den DRK-Präsidenten nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Aber wenn es eine Systemfrage der sozialen Marktwirtschaft gibt, dann wird sie an dieser Kreuzung der von ihm erneut ins Bewußtsein gerufenen "neuen Armut" beantwortet werden müssen. Denn spätestens an diesem Punkt wird Kohls Politik des Verdrängens und Aussitzens ordnungspolitisch unverantwortlich und sozial unerträglich.

(-/10.4.1985/va/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Dr. Alfred Emmerlich: Versammlungsfreiheit und Demokratie

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Emmerlich, wandte sich auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) in Saarbrücken gegen die Kriminalisierung friedlicher Demonstrationen und setzte sich mit Blockaden und ihrer strafrechtlichen Ahndung auseinander. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

"In einer Demokratie hat jeder Bürger das gleiche Recht auf Teilhabe an der politischen Willensbildung. Würde dieses Teilhaberecht auf die bloße Stimmabgabe bei Wahlen reduziert, so gäbe es keine im Volk verwurzelte, kraftvolle und lebendige Demokratie. Die Demokratie wäre vielmehr in Gefahr, wenn zwischen den Wahlen nur Minderheiten auf die Politik Einfluß nehmen könnten. Für Bürger, die keine Lobby haben und denen die Massenmedien nicht zur Verfügung stehen, sind Versammlungen und Demonstrationen ein unerläßliches Mittel der politischen Einflußnahme, ein zwar unzulängliches, aber dennoch unverzichtbares Korrektiv gegen die Übermacht der Wirtschaft, der Behörden, der Parteien und der Verbände. Mit Recht ist das Versammlungs- und Demonstrationsrecht als die Pressefreiheit des 'kleinen Mannes' bezeichnet worden.

Die vorrangige Aufgabe des demokratischen Staates und seiner Organe besteht darin, der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit Geltung zu verschaffen, nicht sie einzuschränken und zu begrenzen.

Die volle Entfaltung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit ist nur dann gewährleistet, wenn es den Veranstaltern von Versammlungen und Demonstrationen nicht schwer, sondern leicht gemacht wird, durch Inhalt und Art ihrer Versammlungen und Demonstrationen möglichst viele Mitbürger zur Teilnahme zu bewegen, möglichst viele Bürger über ihre politischen Auffassungen, Forderungen und Ziele zu informieren und die Massenmedien zur Berichterstattung zu bewegen.

Zeitpunkt, Dauer, Ort sowie Art und Weise der Versammlungen und Demonstrationen müssen daher grundsätzlich den Veranstaltern überlassen bleiben. Ihre Sache ist es zu entscheiden, ob sie zum Beispiel im Stehen, im Gehen, im Sitzen oder im Liegen demonstrieren wollen. Die Aufgabe des Staates kann auch nicht darin gesehen werden, für Demonstrationen eine Kleiderordnung vorzuschreiben. Ein Vernehmungsverbot mit Strafandrohung kann schon deshalb nicht in Betracht kommen.

Die Demonstrationsfreiheit beinhaltet selbstverständlich das Recht, öffentliche Verkehrsflächen in Anspruch zu nehmen. Ein Vorrang für andere Nutzungsarten, zum Beispiel für Zwecke des Straßenverkehrs ist nicht gegeben und wäre eine unzulässige Einschränkung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit. Entgegenstehende Straßenverkehrsvorschriften (zum Beispiel Gebot der Gehwegbenutzung für Fußgänger) haben zurückzutreten. Daß die Nutzung des Demonstrationsgeländes durch andere beeinträchtigt oder behindert wird, ist unvermeidlich und muß hingenommen werden. Hingenommen werden muß auch, daß bei Demonstrationen der Zugang zu Grundstücken zeitweise erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird. Polizeiliches Einschreiten gegen Demonstranten wegen solcher unvermeidbarer Beeinträchtigungen Dritter ist nicht zulässig. Grundrechtswidrig wäre es, die Ausübung des Demonstrationsrechts als eine polizeiwidrige Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzusehen.



Selbstverständlich dürfen Demonstrationen vor öffentlichen Gebäuden, auch vor Kasernen durchgeführt werden.

Die Demonstrationsfreiheit begründet jedoch nicht das Recht, Blockaden durchzuführen. Eine Blockade, bei der von den Blockierenden keine Gewalt angewendet wird, darf nicht über eine uferlose Ausdehnung des strafrechtlichen Gewaltbegriffes kriminalisiert werden. Zu mißbilligen sind auch Tendenzen in der Rechtsprechung, jede Blockade ohne Rücksicht auf ihren Anlaß und ihre Ziele als verwerflich im Sinne des Nötigungstatbestandes des Strafgesetzbuches zu bewerten.

Staatliche Maßnahmen, die eine Einschüchterung von Demonstranten bewirken und die Bürger vor der Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen abschrecken, sind als Eingriff in die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit abzulehnen. Es ist zum Beispiel nicht statthaft, von Demonstranten, die die Grenzen des Demonstrationsrechts einhalten, die Personalien festzustellen oder sonstige Maßnahmen (Fotografieren) zu ihrer Identifizierung durchzuführen, sie erkennungsdienstlich zu behandeln oder sie zu registrieren.

Noch weniger dürfen friedliche Demonstranten mit den Kosten von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen belastet oder zum Ersatz von Schäden verpflichtet werden, die durch andere während der Demonstration verursacht worden sind.

Ganz und gar unzulässig ist es, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren, etwa weil während einer Demonstration durch andere strafbare Handlungen begangen werden. Unverhältnismäßig wäre es auch, friedliche Demonstranten unter Strafe zu stellen, weil sie entgegen einer polizeilichen Aufforderung die Demonstration nicht beenden oder den Demonstrationsort nicht verlassen oder Gegenstände mit sich führen, die geeignet sind, die Wirkung polizeilicher Zwangsmaßnahmen zu verringern. Derartige Strafvorschriften wären im übrigen nicht geeignet, Gewalttätigkeiten zu verhindern und der Gewalttäter besser habhaft zu werden. Im Gegenteil, der Polizei würde ihre Aufgabe, das Demonstrationsrecht zu schützen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, Straftaten entgegenzuwirken und Straftäter zu verfolgen, stets erschwert, häufig weitgehend unmöglich gemacht. Es würde ein Klima geschaffen, in dem nicht Friedfertigkeit, sondern Unfriede und Gewalt gefördert würden."

(-/10.4.1985/bb/ks)

+ + +

